

Eine Nation am Scheideweg: Staatliche Neuordnung oder Zerfall eines Inselreiches?

von Rüdiger Siebert

Die Welt verfolgt einen schmerzlichen und gewaltvollen Prozeß mit höchst ungewissem Ende: Indonesiens Ringen um eine staatliche Neuordnung. Seit dem Sturz des Autokraten Suharto im Mai 1998 brechen lange Zeit repressiv zurückgedrängte Probleme auf, die die Grundfesten des Staates erschüttern. Der Fortbestand des Inselreiches ist gefährdet. Droht eine Balkanisierung Indonesiens? Hierzu eine Analyse von Rüdiger Siebert im Vorfeld der Wahlen.

U mstritten wie seit den Tagen des Kampfes um die Unabhängigkeit in den 40er Jahren nicht mehr müssen existentielle Fragen geklärt werden: Wie ist ein Archipel ordnungspolitisch zu gestalten, der 17.000 Inseln umfaßt, sich über 5.000 Kilometer erstreckt und von mehr als 200 Millionen Menschen bewohnt wird? Wie lassen sich die Interessen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit und der christlichen und der anderen Religionen angehörenden Minderheiten in gegenseitigem Respekt befrieden und befriedigen? Wie ist das Verhältnis zwischen dem überbevölkerten Java, immerhin der Heimat von zwei Dritteln aller Indonesier, und den sogenannten Außeninseln zu regulieren, daß eine faire und gerechte Nutzung der natürlichen Reichtümer und wirtschaftlichen Möglichkeiten allen zugute kommt?

Das alles sind keine akademischen Fragen für ein Politikseminar. Die Antworten darauf werden entscheiden, ob Indonesien an der Schwelle zum 21. Jahrhundert den Neuanfang als lebensfähiger moderner Staat schafft oder im Chaos der Selbstzerfleischung versinkt. Vernunft und eine an Sachlichkeit orientierte Debatte wären die Voraussetzungen, um die Weichen zu stellen. Doch das gegenwärtige Indonesien ist zum Schauplatz innenpolitischer Ausein-

anderetzungen geworden, die bereits in bürgerkriegsähnlichen Eruptionen ausarteten. Schlechte Zeiten für kühle Köpfe. Indonesien bietet geradezu typisch das zerrissene Bild eines Verfalls von Werten und Maßstäben, wie es in der Geschichte immer wieder nach einer Jahrzehnte währenden Alleinherrschaft zu beobachten war. Wie kein anderes asiatisches Land, das an den Folgen der Asienkrise leidet und laboriert, ist Indonesien ins Schlingern geraten.

Nicht der brutal unterdrückte Ruf nach Demokratie hat das Suharto-Regime ins Wanken gebracht, sondern der dramatische Verfall der nationalen Währung und deren internationale Finanzverflechtung. Das wirtschaftliche Desaster hat die tieferliegenden Probleme der Politik offengelegt wie schwärende Wunden. Weil jeglicher Ansatz demokratischer Mitsprache in den Jahrzehnten der Suharto-Herrschaft abgewürgt wurde, konnte es zu keinem Interessenausgleich kommen. Dessen Verwirklichung oder Scheitern entscheidet nun über die Zukunft des Landes.

Staatliche Neuordnung überfällig

In seinen Anfängen aus den Trümmern des niederländischen Kolonialreiches vor mehr als einem halben Jahrhundert war Indonesien als Einheitsstaat mit Jakarta als Machtzentrum begründet worden. Unter

den historischen Bedingungen jener Jahre war das eine tragfähige Konstruktion. Seither aber hat sich die Bevölkerungszahl verdreifacht, vervierfacht. Da sind Generationen herangewachsen, die sich nicht länger von einer militärisch gestützten Zentralregierung bevormunden lassen wollen.

Die Außeninseln verlangen nach Autonomie und Mitspracherecht. Öffentlich wird über ein föderales System gleichberechtigter, in der Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eigenständiger Provinzen diskutiert. Die Unruhe-Provinz Irian Jaya wurde verwaltungstechnisch neu aufgeteilt. Im April verabschiedete das Parlament ein Gesetz, daß den Provinzen ein größeres Maß an Selbstbestimmung gestattet und die Umverteilung der Erträge aus dem natürlichen Reichtum des Landes neu regelt. Wie sich diese Absichtserklärung in der Praxis auswirken wird, steht noch in den Sternen.

Balkanisierung Indonesiens?

Die Konfliktzonen Ost-Timor, das streng islamisch geprägte Aceh in Nordsumatra und Irian Jaya (der westliche zu Indonesien gehörende Teil von Neuguinea, früher West-Irian genannt) sind die explosivsten Regionen, deren Namen weltweit bekannt wurden. Doch die drei Provinzen sind nicht die Ausnahme, sie

Der Verfasser ist Leiter des indonesischen Programms der Deutschen Welle, Köln.



sind stellvertretend für das Grundproblem zu nennen und sind im gesamtindonesischen Zusammenhang zu sehen. Bisher wurde jede der 27 Provinzen zentralistisch von Jakarta aus bevormundet und daran gehindert, regionalpolitische Eigenständigkeit zu entfalten. Das jeweilige Wirtschaftspotential und natürliche Ressourcen wurden nach den Interessen Jakartas genutzt. Das überbevölkerte Java und vor allem die Elite in Jakarta profitierten vom Reichtum der sogenannten Außeninseln. Das ist Tradition seit der holländischen Kolonialzeit.

Die Reform des Staatswesens hin zu einem föderativen Aufbau der Verwaltung autonomer Provinzen gilt als Herausforderung für das nächste Jahrtausend. Der überall im Archipel zu hörende Ruf nach Autonomie ist nicht nur in den wirtschaftli-

chen Interessen begründet; darin manifestiert sich auch ein neues, wachsendes Selbstbewußtsein der ethnischen Vielfalt. Mehr als 200 Volksgruppen und Stämme leben über die Inseln verteilt. Sie sprechen eigene Sprachen, beziehen ihre kulturelle Identität aus eigenständiger Entwicklung und Geschichte. Es gehört zu den historischen Halbwahrheiten, daß die niederländische Kolonialmacht mehr als drei Jahrhunderte über den gesamten Archipel herrschte. Weite Bereiche der Außeninseln kamen erst in diesem Jahrhundert, einige Regionen kamen niemals unter die Kolonialverwaltung.

Der Alleinvertretungsanspruch Jakartas nach der Unabhängigkeit im Jahre 1945 hat stets die Maßstäbe vorgegeben, an denen sich auch völkische Minderheiten auszurichten hatten. Das Militärregime des Präsidenten Suharto hat die nationale Gleichschaltung rigoros betrieben. Mit der staatlichen Umsiedlungspolitik »Transmigrasi« wurden Millionen von Javanern und Balinesen auf Außeninseln verfrachtet, dort als Fremde weniger willkommen geheißen als geduldet. Javaner besetzen überall im Archipel einflußreiche Posten in Militär und Verwaltung. Die jeweils einheimischen Menschen wurden an den Rand gedrängt. Autochthone Völker wurden auf Entwicklung und Fortschritt à la Jakarta verpflichtet. Nach dem Motto: Friß Vogel oder stirb; Anpassung oder Selbstaufgabe. Aceh, Irian Jaya, Ost-Timor sind nur die spektakulärsten Schauplätze,

auf denen sich das andere Gesicht des Präsidenten Suharto zeigte: die brutale Seite seines Regimes, das lange Zeit vom Ausland, auch von der deutschen Regierung, hochgelobt worden war, weil die Wirtschaft florierte und Suharto stets als lächelnder, netter Javaner auftrat, der selbst nie ein lautes Wort sagte. Die Verfolgung kritischer Geister im Lande, die Knebelung der Presse, die Ermordung von Gewerkschaftsführern, die alltägliche Einschüchterung bildeten Hintergrund und Fundament jener Politik, die die »Neue Ordnung« genannt wurde.

Mit Suhartos Sturz am 21. Mai 1998 ging sie formal zu Ende; der Zusammenbruch war von Gewalt gekennzeichnet: Plünderungen, 1.200 Tote und von der Armee inszenierte Massenvergewaltigungen vornehmlich chinesisch-stämmiger Frauen und Mädchen. Unter dem seit Suhartos erzwungenen Rücktritt einsetzenden staatlichen Autoritätsverlust und dem ramponierten Ansehen der Armee fordern nun völkische Gruppen ihre Rechte nach Selbständigkeit ein. Jahrzehnte lang gingen die kulturellen, religiösen und ethnischen Besonderheiten in einem von Jakarta bestimmten Einheitsbrei aus Folklore und Propaganda unter. Die im Staatswappen gepriesene Vielfalt hatte sich der mit Repression durchgesetzten Einheit unterzuordnen. Wie stets in Krisen gewinnen ethnische Werte und Religionszugehörigkeit eine Bedeutung, die scheinbar verloren gegangen war. Ähnlich wie in Jugoslawien melden sich nun regionale Stimmen zu eigenständigem Wort, die stets zum Schweigen verurteilt waren. Mit besonderer Aufmerksamkeit wird deshalb der Kosovo-Krieg aus indonesischer Sicht verfolgt. Längst macht auch in Indonesien das Wort von der Balkanisierung die Runde.

Die militanten Ausschreitungen zwischen ethnischen Gruppen in Westkalimantan (dem indonesischen Teil Borneos) mit Hunderten von Toten machten erschreckend deutlich, welches Gewaltpotential in der indonesischen Vielfalt steckt. Die alteingesessenen Dayak metzelten die zugewanderten Maduresen auf bestialische Weise nieder. Ähnliche Zusammenstöße zwischen ethnischen Gruppen werden auch aus anderen Landesteilen gemeldet.

TARIFSENKUNG !



Philippines	DM 0,97	Taiwan	DM 0,82
Japan	DM 0,49	Thailand	DM 1,18
China	DM 0,84	USA	DM 0,25
Hong Kong	DM 0,47	UK	DM 0,25

Bieten 5 Agenturen die Zusammenarbeit an.
Info unter Tel.: 07181/920220

Politik und Islam

Neben dem Einfluß des Militärs ist die Frage nach dem Einfluß des politischen und politisierten Islam von weitreichender Bedeutung. Mit etwa 90 Prozent Muslime an der Gesamtbevölkerung ist der Archipel wesentlich vom Islam geprägt, ohne in der jüngeren Vergangenheit in der Politik nachhaltige Spuren hinterlassen zu haben. Das ändert sich nun erkennbar und auch unkalkulierbar. Die islamisch bestimmten Parteien verlangen nach Mitgestaltung der künftigen Regierungspolitik. Gerade junge Menschen auf der Suche nach Identifikation im allgemeinen Werteverlust entdecken den Islam als moralische Kraft. Niemand wagt indes vorherzusagen, welche Folgen die Stärkung des Islam in Politik und Gesellschaft haben werden. Zur Polarisierung hat die Auseinandersetzung bereits auf fatale Weise beigetragen. Blutige Zusammenstöße zwischen Muslimen und Christen haben schon Hunderte von Toten gefordert. Moscheen gingen ebenso in Flammen auf wie Kirchen. Auf der Molukken-Insel Ambon lieferten sich Muslime und Christen mörderische Straßenschlachten. Ganze Stadtviertel wurden niedergebrannt.

Nun beherrscht Angst die Szene des Grauens. Niemand traut mehr seinem Nachbarn. Tausende sind auf andere Inseln geflohen. Schlagbäume trennen jetzt die Siedlungen der Christen und die der Muslime. Ethnische Säuberung à la Indonesia. Das Indonesien im Vorfeld des Wahltermins hat anarchistische Züge. Die noch immer allgegenwärtige Armee entzieht sich jeglicher öffentlichen Kontrolle. Niemand kann die Normen einer bürgerfreundlichen Rechtsverbindlichkeit einklagen. Korruption bestimmt den Alltag — ganz so, als habe sich außer dem Namen des Präsidenten kaum etwas geändert im Lande.

Wie weit noch immer der Einfluß des Suharto-Clans und seiner aus den zusammengerafften Milliarden weiterhin üppig zu finanzierenden Schläger- und Provokateurstruppen reicht, ist schwierig einzuschätzen, aber er ist ein wichtiger Faktor der Machtkämpfe geblieben. Die finden eher verdeckt statt.

Wer im berüchtigten Schatten indonesischer Ränkespiele die Fäden zieht — beispielsweise bei den Christen-Muslimen-Gemetzel auf Ambon —, ist kaum zu durchschauen. Nicht die Hintermänner, sondern die Folgen solchen Tuns machen Schlagzeilen und verursachen die schrecklichen Gewaltausbrüche: fanatisierte Volks- und Religionsgruppen, die sich gegenseitig die Köpfe einschlagen und abschlagen.

Dabei wird die Zeit für das politische Kräftespiel immer knapper. Wirtschaftliche Probleme lasten von Tag zu Tag schwerer auf den Massen Indonesiens. Vor allem in städtischen Ballungszentren über tönt der Ruf nach Reis längst den Ruf nach Demokratie. Vor Jahren ließ sich die Suharto-Regierung feiern, weil der Inselstaat bei der Reispromotion zum Selbstversorger geworden war. Auch das ist längst Geschichte. Die Vermarktung ist zusammengebrochen. Die Preise steigen rapide. Die Zahl der Arbeitslosen wächst. Viele Menschen sind auch deshalb willens und manipulierbar, protestierend und plündernd auf die Straßen zu gehen. Da braut sich ein Konfliktpotential zusammen, das wiederum die einzig landesweit operierende Ordnungsmacht in Alarm versetzt: die Armee und die ihr unterstellte Polizei.



Inselreich in Turbulenzen

Mit Gewalt können die hungrigen Menschen aufgeputscht und in Schach gehalten werden. Mit Gewalt aber lassen sich die Probleme nicht lösen. Internationale Hilfe ist erforderlich. Doch niemand vermag zu sagen, wer und welche Institution im gegenwärtigen Indonesien eine solche Hilfe solide und zum Wohle der Bevölkerungsmehrheit umsetzen kann. Da Macht bislang personifiziert und nicht institutionalisiert war, fehlen verlässliche erprobte Strukturen für einen wirklichen Führungswechsel. Auch in diesem Zusammenhang könnten faire, freie und korrekte Parlamentswahlen neue Maßstäbe setzen.

Indonesien ist in eine hochbrisante Zeit des Übergangs geraten. Wenn es nicht gelingt, in absehbarer Zukunft die Wirtschaft zu stabilisieren und die Grundversorgung der Menschen zu gewährleisten, und wenn sich nicht eine zivile Regierung bildet, die sich auf das Mehrheitsmandat freigewählter Parlamentarier berufen kann, gerät Indonesien in einen Strudel von Revolten und Aufständen unberechenbarer Dimension. Das Dilemma ist offenkundig: staatliche Neuordnung oder Zerfall eines Inselreiches.